

Keine Fixierung auf das Militär

Im TA-Gespräch: Rainer Stinner, Außenexperte der FDP, zur Vereidigung von Hamid Karsai in Afghanistan

Karsai ist erneut afghanischer Präsident. Ist dies angesichts der eklatanten Wahlfälschungen legitim?

Natürlich hätten wir uns gewünscht, dass der Urnengang sauber gelaufen wäre. Aber trotz aller Abstriche hat Karsai mit Abstand die meisten Stimmen bekommen, was ihm schon Legitimität verleiht. Er ist der Präsident, mit dem wir arbeiten müssen.

Ist Karsai die beste von allen schlechten Optionen?

Ich möchte nichts beschönigen, aber so weit würde ich nicht gehen. Von allen Kandidaten hat Karsai die meisten Stimmen. Seine Wahl entspricht - unter den Einschränkungen, die wir bedauern - dem Willen des afghanischen Volkes.

Karsais Macht stützt sich auf die paschunische Bevölkerungsmehrheit, der auch er angehört. Haben die Minderheiten eine Chance auf Gehör?

Karsai hat zu einer Regierung der nationalen Einheit aufgerufen. Ob ihm das gelingt, muss man sehen. Zentral wird sein, die Nicht-Paschtunen auch an der Regierung zu beteiligen.

Korruption ist ein Kernproblem. Muss sich der Westen vielleicht damit abfinden, dass Begünstigungen innerhalb von

Clan-Strukturen einfach zur Kultur des Landes gehören?

Den kulturellen Unterschieden muss man Rechnung tragen, etwa den Verpflichtungen, die sich aus der Stammeszugehörigkeit ergeben. Am Hindukusch gilt: Ich gebe dir etwas - und du gibst mit etwas. Die Veruntreuung internationaler Gelder ist jedoch inakzeptabel.

Was muss für mehr Sicherheit im Land getan werden?

Zunächst müssen wir uns von der Idee verabschieden, von Kabul aus einen Zentralstaat aufbauen zu können. Jeder Distrikt braucht einen eigenen Entwicklungsplan und hat andere Kräfte, mit denen zusammengearbeitet werden muss.

Darunter befinden sich auch bisherige Feinde ...

... zumindest Kräfte, die bislang keine Freunde waren. Dabei muss es vor allem eine politische Offensive geben, nicht nur Fixierung auf das Militär.

Gespräch: Christian FRÖHLICH

Rainer STINNER (62), Obmann der FDP im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages, sieht in Afghanistan keine Chance für einen Zentralstaat.